Erscheint wöchentlich 4 Mal: **Dienstag** und **Freitag früh**, **Mittwoch** und **Sonnabend Mittag**. Pränumerations-Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis **Montag** und **Donnerstag Abends 5 Uhr, Mittwoch** und **Sonnabend** bis **Vormittags 10 Uhr** in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 131. Mittwoch, den 22. August. 1866

Landtag.

Die Adreßkommission des Abgeordnetenhauses beendete in ihrer a. 19. d. Abends abgehaltenen Sitzung ihre Arbeit. Der den Budgetkonflikt betreffende Abschnitt wurde in der von Waldeck vorgeschlagenen Fassung mit einer dem Entwurf Reichenspergers entnommenen Modifikation von 14 gegen 8 Stimmen angenommen. Schließlich wurde über den ganzen Entwurf der Kommission abgestimmt, welcher mit 15 gegen 7 Stimmen angenommen wurde. Die Adreßdebatte im Hause wird am Donnerstag beginnen. Der Entwurf, wie er gegenwärtig in der Adreßkommission angenommen worden ist, lautet:

Allerdurchlauchtigster Großmächtigster König!
Allergnädigster König und Herr!

Die großen Thaten, welche unser tapferes Heer in wenigen Wochen von Land zu Land, von Sieg zu Sieg, dort bis über den Main, hier an die Thore der Hauptstadt Oesterreichs führten, haben unser Herz mit freudigem Selbstgefühl und mit lebhaftem Dank erfüllt. Wir sprechen den Dank des Volkes aus an die Tausende, welche das Grab bedeckt, an die sämmtlichen überlebenden Streiter des stehendes Heeres und der neu bewährten, in großer Zeit geschaffenen Landwehr, an die einsichtigen Führer, vor Allen an Eure Majestät selbst, die Sie in der entscheidenden Schlacht die Leitung übernehmend, Noth und Gefahr mit den Kämpfern getheilt und dem unsäglichlichen Elend dieses Krieges durch rasche Führung und Beendigung ein Ziel gesetzt haben.

Von hoher Bedeutung sind schon jetzt die errungenen Erfolge: die Auflösung der Bundesverfassung, dieses nur scheinbaren Bandes, welches nach Außen und Innen sich seit fünfzig Jahren zugleich hemmend und kraftlos bewiesen hatte, die Auseinandersetzung mit Oesterreich, die Beschränkung der Klein-Staaterei, die Erweiterung der Grenzen und des Machtgebietes unseres Staates, und die dadurch gegebene Aussicht, daß in nicht ferner Zeit ein politisch geeintes Deutschland unter Führung des größen deutschen Staates sich entwickeln könne.

Diese Früchte, davon sind wir mit Eurer Majestät überzeugt, werden nur in einträchtigem Zusammenwirken zwischen Regierung und Volksvertretung zur Reife gedeihen.

Das Blut der todesmuthigen Streiter hat zum zweiten Male das edelste Gut des Volkes, dessen politische Freiheit und Theilnahme an dem Staatsleben, besiegelt. Ohne die Sicherung und Ausbildung der verfassungsmäßigen Rechte des Volkes werden wir nicht zählen dürfen auf die Huldigung der Geister und Herzen in Deutschland, welche allein der Macht Haltbarkeit und Dauer verleiht.

Gegenüber der Thatsache, daß seit einer Reihe von Jahren die Staatsausgaben ohne einen zur gesetzlichen Feststellung gelangten Staatshaushalts-Etat und theilweise im Widerspruch mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses geleistet worden sind, gereicht es dem Letztern zur großen Genugthuung, daß Eure Majestät feierlich auszusprechen geruht haben, daß die in jener Zeit geleisteten Geldausgaben der gesetzlichen Grundlage entbehren, weil dieselbe nur durch das nach Art. 99 der Verfassungs-Urkunde alljährlich zu Stande zu bringende Etats-Gesetz erlangt werden kann. Im Hinblick auf dies königliche Wort, welches die Nothwendigkeit eines nur unter Zustimmung des Abgeordnetenhauses ins Leben tretenden jährlichen Staatshaushaltsgesetzes, sowie demgemäß die Nothwendigkeit einer für die Vergangenheit zu erwirkenden Indemnitäts-Erklärung der beiden Häuser des Landtages anerkennt, ist das Vertrauen der Landesvertretung gerechtfertigt, daß künftighin durch die rechtzeitige Feststellung des Staatshaushalts-Gesetzes vor Beginn des Etatsjahres jeder Konflikt verhütet werde. Dann werden Ausgaben, welche das Abgeordnetenhaus im Staatshalts-Etat abgesetzt hat, nicht dennoch aus Rücksichten auf das Staatswohl eintreten können.

Die den Berathungen des Landtages unterbreiteten Vorlagen über die Indemnitäts-Ertheilung und die Finanzen werden wir mit pflichtmäßiger Sorgfalt in Erwägung nehmen.

Mit derselben Sorgfalt werden wir die Vorlage über die Einberufung einer Volksvertretung der norddeutschen Bundesstaaten prüfen. Wir erwarten jedoch, daß, wenn Rechte des preußisches Volkes und Landtages zu Gunsten eines künftigen Parlaments aufgegeben werden sollen, diesem Parlamente auch die volle Ausübung dieser Rechte gesichert sein wird.

Das zu vollbringende Werk der bundesstaatlichen Einigung Deutschlands wird sich am sichersien der Unterstützung der Nation erfreuen, wenn die schwierige Arbeit auf der Grundlage der Reichsverfassung von 1849 begonnen und diese der neuen Lage der Dinge entsprechend gestaltet wird.

Preußen wird dann kräftig genug sein, um als starke Schirmmacht die deutschen Grenzen unversehrt zu erhalten und jede Einmischung des Auslandes bei der Ordnung unseres neuen Staatswesens abzuwehren.

Königliche Majestät!

Durchdrungen von der großen Wichtigkeit der gegenwärtigen Epoche für das ganze deutsche Vaterland, bieten wir aus vollen Herzen unsre Mitwirkung zur einheitlichen und freiheitlicher Entwickelung desselben, welche die Vorsehung in Eurer Majestät Hände gelegt hat.

In tiefer Ehrfurcht rc.

Die Majorität von zwei Drittheilen der Stimmen, mit welcher dieser Entwurf schließlich in der Kommission genehmigt worden ist, nimmt sich zwar ungemein imposant aus, verbürgt aber nicht im Mindesten die Annahme im Plenum. Man weiß, daß in der Fraktion der Fortschrittspartei, wie in der des linken Centrums die Meinungen in der Adreßfrage sehr getheilt waren. Vermöge der üblichen Fraktionsdisziplin wurden aber diese Minoritäten lahm gelegt). In den Abtheilungen erlangte man durch die ungesunde Koalition mit den kleinen Fraktionen der Ultramontanen und Polen bei den Kommissionswahlen die Majorität, und es wurde dann den gewählten Mitgliedern der Fortschrittspartei in aller Form zur „Ehrenpflicht" gemacht, überall im Sinne des Waldeck'schen Entwurfs zu stimmen. Herr v. Unruh wurde durch diese Forderung veranlaßt, die auf ihn gefallene Wahl nachträglich abzulehnen. In der Adreßkommission hat man es dann durchaus nicht für nöthig gehalten, die selbst in der Fraktion der Fortschrittspartei vielfach beanstandeten Punkte in einer das einheitliche Auftreten ermöglichenden Weise zu modifiziren man hat andere Punkte, die gar nicht in die Adresse gehören, und über welche notorische Meinungsverschiedenheit herrschte, dennoch ganz willkürlich in dieselbe aufgenommen. Bei dem ganzen Werke ist also darauf gerechnet, daß einerseits der Fraktionsterrorismus so weit vorhält, um die dissentirenden Mitglieder des linken Centrums und der Fortschrittspartei niederzuzwingen, andrerseits, daß die Ultramontanen und Polen sich entschließen, der ebenfalls in der gewählten Form ihre patriotische Freude über die Niederwerfung Oesterreichs und die neue große Stellung Preußens in Deutschland kund zu geben.

— Ueber die Vorgänge in der Fortschrittspartei des Abgeordnetenhauses erhält die „Danzig. Zeitung" folgende Mittheilung:

„Twesten, v. Unruh, Roepell, Lent, Hammacher, Lasker, Michaelis sind aus der Fortschrittspartei ausgetreten. In allen Fragen, in denen es sich um Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte des Landes handelt, werden dieselben mit der Fortschrittspartei stimmen, im Uebrigen aber die auswärtige Politik der Regierung unterstützen, die Indemnität bewilligen und gegen die Erneuerung des alten Conflicts, der durch die gewährte Indemnität beseitigt wird, opponiren. v. Forckenbeck, der bereits als Präsident aus der Fraction ausgeschieden und viele Andere, deren Austritt bevorsteht, sind hiermit einverstanden.

Die „Berl. Börs.-Ztg." hat das Gerücht, Hr. v. d. Heydt wolle die Anleihevorlage zurückziehen, als etwas Thatsächliches gebracht. Die „Post" bemerkt dazu: „Es dürfte die Mittheilung in dieser Weise indeß wohl nicht ganz correct sein, denn es braucht gar keiner ausdrücklichen Zurückziehung, da schon in der Vorlage nur von einer eventuellen Realisirung die Rede ist, d. h. die Anleihe nur nach Maßgabe des Bedarfs realisirt werden soll. Wenn aber, wie man uns nun glaubwürdig versichert, die Bedürfnisse der Regierung oder die Lücken, welche auszufüllen sind, etwa vorweg genommene Einnahmen, durch anderweitige Zuflüsse gedeckt werden, dann wird die Anleihe gar nicht oder nicht in der ganzen Ausdehnung realisirt werden."

— Die Budget-Commission des Abgeordnetenhauses debattirte in ihrer Sitzung am 21. d. über die Indemnitätsfrage; der Finanzminister war anwesend. Abg. v. Hoverbeck beantragte, die Indemnität erst nach der Feststellung des Etats pro 1867 zu gewähren. Dafür stimmte auch der Abgeordnete Virchow. Der Finanz-Minister ist gegen das Amendement und erklärte, daß die Regierung bei Verwerfung des ersten Paragraphen die Vorlage zurückziehen würde. Derselbe ist einverstanden mit dem Amendement des Abg. Twesten bezüglich der alljährlichen Feststellung des Etats vor dem Etatsjahre. Die Generaldiscussion wurde geschlossen.

Die Commissionen für Handel und Finanzen genehmigten einstimmig den Handelsvertrag mit Italien und den Schifffahrtsvertrag mit England und fügten die Resolution hinzu, daß die frühere Publication zwar nicht gesetzlich, aber entschuldbar sei.

Die polnische Fraction brachte ein Amendement zu der Adresse ein, welches die Erwartung voller Anerkennung der den Polen gewährleisteten unverjährbaren Rechte ausspricht.

Zur Situation.

Wie die „Nat. Ztg." vereimmt, ist die Nachricht der „N. Pr. Ztg.", daß der Friede mit Oesterreich bereits abgeschlossen sei, verfrüht; es wird noch einige Tage dauern, obwohl alles Wesentliche geordnet ist. Dagegen ist der Abschluß mit Baiern erfolgt, und zwar sind die Bedingungen in Betreff der Abtretung äußerst mäßige; es handelt sich nur um einige unbedeutende Distrikte an der jetzigen kurhessischen Grenze.

Politische Rundschau.

Deutschland. Berlin, den 21. August. Herr v. Roggenbach, der noch in Berlin weilt, und wiederholt Unterredungen mit dem Könige und Hrn. v. Bismarck gehabt hat, wird, wie der „Wes. Ztg." mitgetheilt wird, wahrscheinlich im preuß. Staatsdienst (in einem Gesandtschaftsposten an einem gößeren Hofe) Verwendung finden.

— Die Regierung ist bereits darauf bedacht, für die Verhandlungen des Norddeutschen Reichstags die geeigneten Räume ausfindig zu machen, meldet die die „St.-Z." Wie verlautet, hat Director Engel zu diesem Zweck das Kroll'sche Etablissement zur Disposition gestellt, doch hören wir, daß das Gouvernement nicht gewillt ist, auf dies Anerbieten einzugehen. Wahrscheinlich wird das Königliche Schloß den erforderlichen Sitzungssaal hergeben.

— Wie die „Ger.-Ztg." hört, dürfte der Einzug der Garden am 5. September erfolgen.

— Bereits durch Verfügung vom 15. Mai d. J. hatte der Kriegsminister die ihm damals in großer Menge Angesichts des Krieges zugegangenen Gesuche inactiver Offiziere um Wiedereintritt in das Heer den General-Commandos zugewiesen, von wo auch die Verwendung der Gesuchsteller erfolgte. Bei der durch die neuen Besitzergreifungen erforderlichen Vermehrung des Heeres und der damit nothwendig zusammenhängenden Erhöhung der Zahl der Subaltern- u. Stabsoffiziere ist an die vor dem Kriege wieder eingetretenen Offiziere jetzt die Anfrage ergangen, ob sie für den Fall des Bedarfs, in die neuen Stellen zu treten geneigt seien. Dem Anerbieten wird gewiß in der Mehrzahl der Fälle entsprochen werden. Der Plan soll nämlich vorliegen, drei neue Armeecorps zu bilden und als Cadres der Neubildung die vorhandenen 81 vierten Bataillone, die Ersatz-Schwaderonen und Batterien zu benutzen. Die neuen drei Armeecorps würden 27 Infanterie-Regimenter (zu 3 Bataillonen, was 81 solcher gäbe), 3 Jäger-Bataillone, 12 Regimententer Cavallerie (Kürassire, Dragoner, Ulanen,

Husaren) nebst den erforderlichen Feld- und Festungs-Artillerie-Regimentern, die Pionier- und Train-Bataillone, ganz nach Anleitung der bestehenden-Armeecorps, enthalten. Auf den Kriegsfuß gebracht, würden diese drei Armeecorps, ohne Landwehr, eine Truppenmacht von 108,000 Mann Infanterie 7200 Mann Cavallerie, 9000 Mann Artillerie, 3000 Mann Pioniere, überhaupt also 127,000 Mann ergeben. — Eine theilweise Verringerung der auf dem Kriegsschauplatze befindlichen Linien-Regimenter ist angeordnet und auch aus diesem Grunde das zweite Ersatz-Geschäft beschleunigt worden. (K. Z.)

— Der Prediger Uhlich hat während einer zweiwöchentliche Reise in der Schweiz Gelegenheit gefunden, an vielen Orten, in Genf bis Schaffhausen (in 11 Städten), Vortäge zu halten, und es ist dabei an den Tag getreten, wie viel Empfänglichkeit auch dort für freie religiöse Gedanken vorhanden ist. Am interessantesten ist aber, daß der Vortrag in Uster, Canton Zürich, durch den dortigen kirchlichen Prediger selbst veranstaltet worden ist, und daß es gerade die durch ihre pieistische Richtung längst bekannte Stadt Basel war, in der eine Anzahl von Bürgern Hrn. Uhlich zu Vorträgen eingeladen und dadurch Anlaß zu seiner Reise nach der Schweiz gegeben hatte. In Basel hat er am 12. und 13. August in dem großen Saale des Casino vor zahlreicher Versammlung gesprochen.

— Der Großherzog von Hessen-Darmstadt soll den Austausch eines Theiles seines bisherigen Gebietes gegen einen andern Landestheil ablehnen; dadurch erklärt sich, daß die Frage negen Hessen-Darmstadts noch als offen angesehen wird. Aber erledigt im Sinne der hessen-darmstädtischen Integrität scheint die Angelegenheit keineswegs zu sein. Auch im linken Centrum geben sich erhebliche Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Haltung in den großen schwebenden Fragen kund. In der Budget-Commission wird bezüglich der Indemnität beantragt werden, die Bewilligung derselben mit dem Verlangen zu verknüpfen, daß die Regierung die Rechnungs-Uebersichten sei 1862 vorlege, als Grundlage für die Rechnungslegung und Decharge für die Staatsregierung. Diese Rechnungs-Uebersichten würden diesmal an die Stelle der verfassungsmäßigen nothwendigen Vorlage des Staatshaushalts-Gesetzes treten.

— In der heutigen Sitzung der Commission des Abgeordnetenhauses zur Berathung des Reichswahlgesetzes erklärte der Regierungs-Commissar, daß sämmtliche preußische Staatsgebiete dem Bunde angehören würden. Mit den den Bund bildenden Regierungen solle eine Vorlage über die Bundescompetenzen vereinbart werden. In Betreff der annectirten Länder sei keine Real-Union, sondern eine Personal-Union Zweck der preußischen Regierung.

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Die Ansicht, der Finanzminister werde die Creditforderung von 60 Millionen zurückziehen, sei irrthümlich. Jedoch werde von dieser Creditforderung nur nach Maßgabe des Bedarfs Gebrauch gemacht werden, um die durch die Kriegskosten entstandenen Lücken auszufüllen.

Die „Kreuzztg." vernimmt, daß der Friede mit Oesterreich in Prag, der Friede mit Bayern hier abgeschlossen sei. Offizielles Näheres fehle noch. Daß für den Kronprinzen von Hannover Braunschweig vorbehalten worden sei, erklärt die „Kreuzzeitung." für grundlos.

— Der Friedensvertrag mit Oesterreich und mit Baiern ist unterzeichnet.

Die Debatten in der Adreß-Commission haben ein allgemeines Mißfallen erregt und man spricht von Vorschlägen, welche im Plenum von dem Präsidenten v. Forckenbeck und dem Abg. Grabow gemacht werden sollen, welche einer langen Debatte und dem Zurückgreifen auf die Vergangenheit leicht vorbeugen könnten.

— In diesen Tagen ist im Verlag von C. Griesbach in Gera eine kleine Flugschrift „Von Dresden nach Paris" erschienen, die in kurzen gedrängten Zügen eine scharfe und vernichtende Kritik der Beust'schen Politik, wie des Verhaltens der alten, reaktivirten sächsischen Ständeversammlung während des letzten, außerordentlichen Landtags giebt. Die Broschüre, deren erste Auflage binnen wenigen Tagen vergriffen war, wird viel dazu beitragen, dem sächsischen Volke die Augen zu öffnen.

— Ueber die Verluste, welche die preußische Armee in Böhmen und Mähren seit Beendigung der Feindseligkeiten durch Seuchen, namentlich durch die Cholera erlitten hat, gegen hier Gerüchte um, welche enorme Zahlenangaben bringen. Es wäre zur Beruhigung des Publikums jedenfalls besser, wenn die Regierung offizielle Nachweise über diesen Gegenstand veröffentlichte, da das Publikum geneigt ist, immer das Schlimmere zu glauben. Das Unwohlsein des Prinzen Friedrich Karl soll dem Vernehmen nach, in einem leichten Cholera-Anfall bestanden haben. Zur Beruhigung des Publikums entnehmen wir einstweilen der „Köln. Ztg." aus einem Feldbriefe v. 12. August aus der auf dem Rückmarsche befindlichen Elbarmee, von einem Mitgliede des 65. Regiments folgende Mittheilungen: „Gegenwärtig ziehen wir uns, so heißt es, zurück und hoffen bis zum 22. Böhmen zu verlassen. Die Quartiere sind jetzt recht gut, die Cholera hat gänzlich nachgelassen, Essen und Trinken schmeckt uns Allen, namentlich da wir regelmäßig zu leben im Stande sind, und nur ein Wunsch quält uns, bald, recht bald nach Köln, nach dem Rheine zurückzukehren."

Braunschweig, den 18. August. Großes Befremden erregt das Gerücht, daß dem sonst thronlosen Kronprinzen von Hannover die Thronfolge im Herzogthum Braunschweig als kleiner Trost für die Einverleibung des Königreichs Hannover in Preußen zugedacht sei. Sollte im Ernst und im Widerspruch mit der sonst hier freudig anerkannten Einheitspolitik der preußischen Regierung an einen so willkürlichen Akt gedacht werden, so wird ohne Zweifel das Herzogthum einmüthigen Protest dagegen erheben, daß die Kleinstaaterei zu Gunsten eines in extremen dynastischen Grundsätzen erzogenen, durchaus unpopulären Prinzen hier ohne alle Noth und gegen alle Konsequenzen fortgesetzt werde. Sind wir auch zu machtlos um ein Selbstbestimmungsrecht zu üben, so sind wir uns doch bewußt, ein solches Schicksal nicht verschuldet zu haben. Wir sind getrost, daß jedes deutsche Parlament anders über uns bestimmen wird. Von den hiesigen Mitgliedern des deutschen Nationalvereins wird, wie wir hören, eine Bitte an den König von Preußen gegen obiges Projekt vorbereitet, der hoffentlich das ganze Herzogthum zustimmen wird."

(Brschwg. Tagl.)

Leipzig, den 19. August. Die gestrige Versammlung von Anhängern der liberal-nationalen Richtung wurde polizeilich aufgelöst, noch ehe sie förmlich eröffnet war. Es war versäumt worden die Polizeibehörde von der beabsichtigten Abhaltung derselben in Kenntniß zu setzen und wurde dieser formelle Verstoß zur Schließung der Versammlung benutzt. Dieselbe erfolgte, der „D. A. Z." zufolge, mit solcher Rigorosität, daß der betreffende Polizeiagent nicht einmal den Anwesenden gestattete, die bestellten und zum Theil schon vor ihnen stehenden Speisen und Getränke vollends zu verzehren (obschon er darum ersucht und ihm versichert ward, daß keinerlei Debatte stattfinden solle), vielmehr, um die sofortige Leerung des Saals zu erzwingen, die Kellner anwies, die Gasflammen auszulöschen. Die Veranlassung zur Schließung der Versammlung liegt indessen offenbar etwas tiefer als in der versäumten Anmeldung. Das Ganze reduzirt sich auf eine polizeiliche Chikane gegen die national-liberale Partei, deren festeren Zusammenstoß und Konsolidirung man jetzt unter den veränderten Zeitzuständen für gefährlich genug erachtet, um ihr Hindernisse, die man früher für überflüssig hielt, in den Weg zu legen.

— Den 20. August. Die Entlassung des Ministers v. Beust wird von der „D. A. Z.", einem der wenigen sächsischen Blätter, welches dem Kultus der Verehrung dieses Staatsmannes niemals angehört, die von ihm befolgte Politik meistens sogar sehr ausdauernd bekämpft hat, als ein glückliches wenn auch keineswegs unerwartetes Ereigniß mit Genugthuung begrüßt. In Dresden, meint das Blatt, werde die Nachricht ohne Zweifel große Bestürzung hervorgerufen haben. In andern mehr unabhängig und politisch denkenden Kreisen des Volkes werde sie kaum überraschen; man hatte sie erwartet. denn man mußte sich sagen, daß mit einem Ministerium Beust Preußen keinen Frieden machen könne und werde. Ob man in dieser Entlassung eines Mannes, den der König als Rathgeber sehr hochhielt, ein Anzeichen zu erblicken habe, daß überhaupt ein stärkerer Widerstand von Seiten der sächsischen Dynastie gegen die ihr in dem Bundesvertrage mit Preußen angesonnenen Opfer nicht erfolgen werde, bleibe abzuwarten.

Dresden, den 19. August. Die Angelegenheit der Treitschkeschen Broschüre ist in ein ganz neues, unerwartetes Stadium getreten. Nachdem das Einschreiten der Polizei und Staats-Anwaltschaft in Leipzig sich, Dank der Energie des preußischen Civilkommissariats, wirkungslos gezeigt hat, greift jetzt die hiesige Kamarilla zu einem eigenthümlichen Mittel, um ihr Müthchen zu kühlen. Der Vater des Herrn v. Treitschke, sächsischer General a. D., lebt bekanntlich hier in der Nähe. An diesen ist jetzt um der Ehre seines Namens Willen das sonderbare Ansinnen gestellt worden, die Tendenz der Broschüre seines Sohnes öffentlich zu desavouiren. Man hat sich nicht damit begnügt, ihm eine Erklärung in diesem Sinne abzuverlangen, sondern citirt den General nach Dresden, um eine bereits schon angefertigte Deklaration, deren Inhalt und Ton man sich denken kann, zu unterschreiben. — Das jetzt so häufige Hervortreten eigenmächtiger Bestimmungen von sächsischen Behörden hängt unstreitig mit der Vorstellung zusammen, daß die Tage der Okkupation gezählt sind, während die Anordnungen der preußischen Verwaltung gerade in dem Sinne getroffen werden, daß sie noch eine sehr lange Dauer voraussetzen müssen. Es zeigt sich dies z. B. in der nun feststehenden neuer Ordnung des Telegraphenwesens. Laut der heute vom preußischen Handelsministerium angelangten Beantwortung der Anfrage der hiesigen Verwaltung verbleiben die preußischen Beamten im ganzen Königreich auf den Hauptstationen und werden ihnen die sächsische Beamten gegen Ausstellung eines Reserves, der sie zum Gehorsam verpflichtet, unterstellt. Nach einer Bekanntmachung des Herrn v. Wurmb im „Dr. J." wird jedem Beamten einer öffentlichen Kasse im Königreich Sachsen, der sich weigert, preußisches Papiergeld für voll anzunehmen, die sofortige Entsetzung angedroht. Diese Maßregel war nöthig, da nach dieser Seite hin die sächsische Demonstrationssucht, nachdem sie auf andern Gebieten aus dem Felde geschlagen war, sich geltend machte, ganz im Gegensatz zu früher, wo preußisches Papiergeld hier wie sächsisches im Privat- wie im öffentlichen Verkehr coursirte.

— Den 20. August. Der König von Sachsen nahm das Entlassungsgesuch des Hrn. v. Beust an, aber nicht das der übrigen Minister.

— Seit dem Tage, wo Kriegszustand und Standrecht proklamirt wurden, hat hier keine solche Aufregung und Bestürzung geherrscht, als heute nach dem Erscheinen des Extrablattes des „Dresdener Journals," nach welchem der König von Sachsen die von dem Staatsminister v. Beust erbetene Entlassung bewilligt hat. Die Stimmung ist hier derartig, als wenn mit dem Sturze dieses Mannes tausende von Existenzen zerknickt wären. Ich übertreibe nicht, wenn ich ihnen sage, daß selbst die Kolporteure der Extrablätter zitternd auf die Wichtigkeit der durch sie heute veröffentlichten Nachricht hinweisen. Wenn man allerdings bedenkt, welche Rolle Herr v. Beust seit beinah zwanzig Jahren gespielt hat, wie in ihm das kleinstaatliche Diplomatenthum sich zu den möglichsten Aktionen zusammenraffte, wie die Wünsche und Hoffnungen des reinsten partikularistischen Strebens in ihm den rürigsten Repräsentanten gefunden haben, so wird es allerdings begreiflich, daß den Dresdnern zu Muthe ist, als wenn die Seele aus dem Staatskörper gewichen wäre. Daran, daß ein System die Person überdauern kann, denkt Niemand. So identisch gilt hier die Person Beust und die Idee, die er sein Leben lang vertreten hat. Als die Nachricht von Königgrätz hierher gelangt, wurde die Aufregung tagelang hindurch durch den Zweifel an der Wahrheit gemildert, und als das Faktum sich nicht mehr wegleugnen ließ, hielt die Hoffnung auf glücklichere Schlachten die Gemüther aufrecht. Aber die Niederlage, die heute das „Dr. J." meldet, ist trost- und hoffnungslos.

Darmstadt, den 19. August. Heute war hier eine größere Anzahl von Mitgliedern der Ortsvorstände der bedeutenderen Städte und Ortschaften des Landes, namentlich aus Darmstadt, Mainz, Bingen, Worms, Alzey, Offenbach, Michelstadt, Butzbach, Bensheim, Castel, Dudenhofen, Heidesheim, Groß-Umstadt, Ober- und Nieder-Ingelheim, Guntersblum, Nierstein, Wallertheim und Sprendlingen versammelt, welche einstimmig bei der gegenwärtigen politischen Lage sich für verpflichtet erklärten, „mit aller Entschiedenheit unter Anschluß an die Erklärung der 30 hessischen Abgeordneten vom 8. August l. J. auszusprechen:

1) daß sie nur in der Aufnahme in den zu bildenden norddeutschen Bund unsere Interessen sowohl in politischer, als volkswirthschaftlicher Beziehung gewahrt sehen und jede andere politische Gestaltung für verwerflich halten; 2) daß, wenn diese Aufnahme nicht sofort erzielt werden kann, das Fernhalten von jedem südneutschen Sonderbunde geboten erscheint, um nicht durch denselben die Zweitheilung Deutschlands zur Thatsache zu machen und um die Möglichkeit zur späteren Vereinigung mit dem Norden offen zu halten; 3) nur ein geeignetes Deutschland wird zugleich Gewähr geben für Unabhängigkeit und Stärke nach Außen. Mit Leichtigkeit wird es schon den Versuch des Auslandes abweisen, sich in die Ordnung der inneren Angelegenheiten Deutschlands einzumischen, und wird jede Abtretung deutschen Bodens an Fremde hindern; 4) zur Durchführung dieser Politik ist ein Wechsel des jetzigen hessischen Ministeriums unabweisbar nöthig; denn nach der ganzen Vergangenheit dieses Ministeriums und seiner seitherigen Wirksamkeit ist nicht zn erwarten, daß dasselbe aufrichtig und ernstliche in die für geboten erachteten Bahnen einlenken und das gute Einvernehmen dauernd schaffen kann, welches nicht allein beim Friedensschlusse, sondern auch bei der künftigen Stellung des Großherzoghums das Interesse des Landes erfolgreich zu wahren vermag."

Oesterreich. Der Gesammtschaden, den Oesterreich in Folge des Krieges — abgesehen von den 250 Millionen, die er bereits verschlungen, — durch den Verlust an Waffen, Kanonen, Pferden ꝛc., die ergänzt werden müssen, durch die Zerstörung der Eisenbahnen, der Staatsgebäude, Ausleernng ärarischer Magazine, Beschädignng des vom Staatte zu ersetzenden Privateigenthums u. s. w., erlitten, wird von Fachmännern auf weitere 400 Millionen geschätzt. Hiezu die laufenden Staatsausgaben bei dem in Böhnen, Mähren, Schlesien und einem Theil Ungarns beinahe völligen Steuerausfall! Sie mögen sich nun eine Vorstellung von unserer Finanzlage bilden!

Frankreich. Man fragt sich hier allgemein, wie es nur gekommen, daß das französische Kabinet, welches seit lange in so intimen Beziehungen zu Preußen steht, Forderungen zu stellen sich veranlaßt sah, deren Zurückweisung mit Bestimmtheit erwartet werden mußte. Gewiß läßt sich dies mit der so gerühmten genauen Kenntniß der Stimmung der Gemüther in Deutschland nur schwer vereinbaren. In Regierungskreisen weiß man hierauf nur eine Antwort: der Druck der öffentlichen Meinung sei zu stark gewesen und endlich unwiderstehlich geworden; so habe man es denn für klüger gehalten, derselben ihren Willen zu thun und sich der erwarteten abschläglichen Antwort auszusetzen, um auf diese Weise die Gemüther zu ernüchtern. In der That ist es wunderbar, wie rasch sich jetzt Alles in die Dinge schickt und zugesteht, daß es eine große Thorheit gewesen wäre, sich wegen der gewünschten Grenzberichtigung in einen Krieg zu stürzen. — Sämmtliche Aerzte, welche vergangene Woche in St. Cloud der Konsultation beiwohnten, sollen die Ansicht ausgesprochen haben, daß das Reiten vorläufig für den Kaiser nachtheilige Folgen haben würde; der Besuch in Chalons wird daher wahrscheinlich aufgegeben werden. — Die Krankheit des Kaisers ist fortdauernd sehr schmerzhaft, so daß gestern Niemand in St. Cloud empfangen worden ist. Auf seine spezielle Anordnung fuhr der kaiserliche Prinz Abends nach dem Tuileriengarten, um von der Terrasse aus das Feuerwerk und die Illumination des Konkordienplatzes zu sehen; man wünschte durch das Erscheinen des Kronprinzen der Menge zu beweisen, daß an eine Gefahr für das Leben des Kaisers nicht zu denken ist. — Ueber den Zweck der Anwesenheit der Kaiserin Charlotte erfährt man folgendes Nähere. Wie in dem Gelbbuche mitgetheilt worden, verweigerte Frankreich der mexikanischen Regierung neue Anleihen. In Folge dessen ist die letztere ihren eigenen Truppen gegenüber in große Verlegenheit gerathen. Die Kaiserin verlangt nun von den Tuilerien ein Darlehn von

36 Millionen und will ebenso viel oder mindestens 24 Millionen vom Könige der Belgier privatim entnehmen. Wird diese Hülfe gewährt oder auf die Beschlagnahme der Douanen von Vera=Cruz auf 10 Jahre verzichtet, so gedenkt Maximialian I. sich zu halten, indem er seine Herrschaft einschränkt und die Garnisonen aus den entlegeneren Provinzen an sich zieht. Bleibt die Reise der Kaiserin erfolglos, dann kehrt Maximilian nach Europa zurück. Bis jetzt ist wenig Aussicht auf das von der mexikanischen Regierung gewünschte Resultat vorhanden.

— Die Mission der Kaiserin von Mexiko ist als durchaus gescheitert zu bezeichnen. Herr Rouher, welcher am 18. d. von ihr im Grand Hotel empfangen wurde, hatte den delikaten Auftrag, ihr dies Resultat in schonendster, aber doch entschiedenster Weise mitzutheilen. In längerem, wohl eine Stunde währenden Vortrage setzte Herr Rouher auseinander, wie es für die Regierung unmöglich sei, ihr dem gesetzgebenden Körper wie der nordamerikanischen Regierung geleistetes Versprechen nicht strikt zu erfüllen. — Nach einem Telegramm aus Brüssel soll der König der Belgier ein eigenhändiges Schreiben Napoleons III. empfangen haben, welches versichere, daß Frankreich nicht nur nicht die entfernteste Absicht habe, die Integrität Belgiens in Frage zu stellen, sondern vielmehr jede Gelegenheit, dem Nachbarlande zu dienen mit Freuden ergreifen werde. Es kann versichert werden, daß ein solcher Brief nicht existirt; auch lag dergleichen zu schreiben keine Veranlassung vor. — Man berichtet aus Rom, daß Baron von Arnim im Namen der preußischen Regierung, dem päpstlichen Stuhle angezeigt habe, der Berliner Hof sei bereit, einen apostolischen Nuntius zu empfangen und in Erwiederung einen Botschafter bei dem Vatikan zu akkreditiren.

— Das Lager von Chalons wurde am 20. d. M. aufgehoben. Die Artillerie und die Kavallerie verlassen zuerst das Lager. Der Abmarsch der Infanterie beginnt am 25. oder 26. — Der Marschall Forey hat in Nancy bei der Schulprämien=Vertheilung die Jugend mit dem Charakter des kaiserlichen Prinzen bekannt gemacht. „Der Prinz, sagte er, ist ein Kind seiner Zeit; sein größter Ehrgeiz ist, eines Tages den Degen der Napoleoniden zu tragen. „Was soll aus mir werden", sagte er eines Tages, „wenn ich nicht Soldat bin?" Daran erkennen wir das Blut des modernen Cäsar, des Erben der Krone Frankreichs. Schon kümmert er sich um seine Zukunftt und um sich diese zu vergewissern, rechnet er auf den militärischen Ruhm, welcher seine Dynastie gegründet hat. Er beabsichtigt schon in seinem sechszehnten Lebensjahre die Aufnahme=Prüfung in der Militärschule zu Saint=Cyr zu bestehen."

Spanien. (Zustände in Spanien.) Seit der Ernennung des Marschalls Narvaez zum spanischen Minister=Präsidenten verlautet nur wenig über den wirklichen Stand der Dinge in Spanien. Das Schreckenssystem, welches dort nach dem Sturze O'Donnell's eingeführt wurde, ist der Art, daß fast Niemand mehr den Muth besitzt, sich, selbst in Privatbriefen, offen auszusprechen. Der „Avenier National" entwirft von dem Stande der Dinge in diesem unglücklichen Stande folgendes düstere Gemälde. „Seit den Zeiten der Inquisition und Ferdinands VII., des rey neto, herrschte kein solcher Schrecken, keine solche Todesstille. Der liberale Despotismus O'Dornell's hat den absoluten Despotismus Narvaez's herbeigeführt, dem die Königin das Wohl der letzten Krone des letzten Bourbonen anvertraut hat. Alle liberalen Journale sind unterdrückt. Die wenigen Blätter, welche am Leben geblieben sind, beschränken sich darauf, der „Correspondencia", einem kleinen officiösen Blatte, nicht etwa die politischen Nachrichten, sondern die unbedeutensten Dinge nachzudrucken. Es giebt keine Journale und Vereine mehr. Die öffentlichen Locale werden um 10 Uhr Abds. geschlossen. Es ist der Tod eines Volkes von 17 Millionen. Der Marschall Narvaez, der Europa mit den ernstesten Fragen beschäftigt sieht, glaubt, daß die öffentliche Aufmerksamkeit sich wegen seines Auftretens nicht beunruhigen wird. Jeden Tag werden in Madrid und auf der ganzen Halbinsel, namentlich in Barcelona und Sevilla, Verhaftungen und Erschießungen vorgenommen. Bei Einbruch der Nacht durchziehen Gensdarmerie=Patrouillen mit geladenen Gewehren die Straßen. Alle diejenigen, welche Spanien entfliehen können, thun es. Wenn wir nicht befürchteten, die Aufmersamkeit der spanischen Polizei wachzurufen, so würden wir Beispiele von Aufopferung anführen, welche zugleich den inquisitorischen Despotismus des Marschalls Narvaez und die Mittel darthun würden, zu denen man seine Zuflucht nehmen muß, um ihm zu entgehen. Ein Privatschreiben, es ist die einzige Hilfsquelle, die uns bleibt, um zu erfahren, was jenseit der Pyrenäen vorgeht, sagt: „Seit der Cholera vom letzten Jahre hat man Madrid nicht so verlassen gesehen. Man flüchtet sich, um nicht geächtet, verhaftet, erschossen zu werden." Die spanischen Flüchtlinge mehren sich im Süden Frankreichs. Narvaez hat die Ueberwachung der Erziehung des Prinzen von Austurien dem Erzbischof von Burgos, einem der Chefs der ultramontanen Partei, zurückgegeben. Man will die religiösen Orden, die seit 1840 gänzlich verschwunden waren, wieder herstellen. Die Gewaltthätigkeit verleiht aber keine Kraft, und es giebt viele Leute, die glauben, daß die Königin Isabella, welche sich in das Land der Basken begeben hat, nicht mehr nach Madrid zurückkehren wird. Die spanischen Finanzen existiren nicht mehr; alle Geschäfte stehen auf dem Punkte, zu Grunde zu gehen, und die Unzufriedenheit ist eine furchtbare. Diese Lage kann nicht lange dauern. Frankreich kann viel für Spanien thun. Was sich in Spanien zuträgt, kann nur mit dem verglichen werden, was in Neapel unter andern Bourbons geschah."

Italien. Die Amnestie, welche der König von Italien erlassen, ist eine unbeschränkte. Sie bezieht sich auf alle bis zum 18. August in Untersuchung oder Strafe befindlichen Personen, auch Militärs.

— Die dem General Menabrea ertheilten Instruktionen sind, nach der „Gazetta di Torino" sehr einfacher Natur. Er soll um jeden Preis Frieden schließen, und dabei von Oesterreich so viel als möglich zu erlangen suchen. Mit Ausnahme der öffentlichen Schuld soll Italien, das hierin auf die Unterstützung Frankreichs zählt, sich zur keiner Zahlung für Venetien verpflichten. Die Trientiner Frage soll zur Sprache gebracht werden und, wenn das Terrain günstig, so will Italien für diese Provinz selbst baar zahlen. — Die „Provincia" meldet, daß die italienische Regierung bereits 6000 Zündnadelgewehre erhalten habe und deren noch weitere 12,000 erwarte; die Verhandlungen mit der preußischen Regierung hat Oberst Radaelli geführt. — In Venedig fand bei der Ankunft der italienischen Parlamentäre, die dem Festungs=Gouverneur die amtlichen Schriften über den Waffenstillstand überbrachten, eine Demonstration statt; das Volk empfing die italienischen Offiziere mit einem tausendstimmigen „Evvia i nostri liberatori, evvia gli Italiani!"

— Der „Köln. Ztg." wird aus Rom geschrieben; Wir sind bei einer Uebergangsperiode angekommen: Menschen und Dinge bereiten sich vor, wenn auch mit dem Unterschiede daß von jenen die meisten, wäre es möglich, die neue Zeit hier nicht erleben möchten. So kommt es, daß aus den verschiedensten Klassen sehr Viele daran denken, sich eine neue Heimath in der nahen oder fernen Fremde aufzusuchen. Trotzdem hat der im „Ossenvatore cattolico" erschienene Artikel aus der Feder eines Prälaten, der auch dem Papste den guten Rath giebt, sich mit den Kardinälen von Rom zu entfernen, hier sehr mißfallen. Der Verfasser hat es gewiß nicht übel gemeint, sieht auch wohl nicht zu schwarz, wenn er nach der Räumung Roms durch die Franzosen wider das klerikale Regiment den Radikalismus zu einer Opposition erwachsen sieht, welcher jenes nicht mehr mit Erfolg die Spitze wird bieten können; allein der Papst will nichts von Fortgehen wissen, glaubt vielmehr im Volke auch jetzt noch jene nachhaltige Sympathie zu besitzen, die das Leben für ihn in die Schanze zu schlagen bereit ist; aber er täuscht sich.

Rußland. Nach in Petersburg eingetroffenen Berichten aus Irkutsk haben an tausend verbannte Polen einen Aufstand erregt, die Offiziere mißhandelt und mehrere Russen getödtet. Die Aufständischen sind in die Wälder geflüchtet und werden verfolgt.

In Sukumkale (Transkaukasien) sind in Folge eines durch die direkte Steuererhebung entstandenen Aufruhrs ein Oberst und mehrere Offiziere getödtet worden; die Stadt wurde von den Abchasen theilweise in Brand gesetzt.

— Die a. 16 d. begonnene Einschreibung der Schüler in den Gymnasien von Warschau hat einen großen Theil der Einwohner in Kummer und Sorge versetzt, denn die ertheilten Instructionen, welche bei den Einschreibungen zu beobachten sind, sind der Art, daß beinahe der Hälfte der schulfähigen Knaben der Eintritt in die Schulen unmöglich gemacht ist. So z. B. kann ein Knabe, der bereits ein Gymnasium besucht hat, nicht in ein anderes eintreten, selbst wenn Uebersiedelung oder Wohnungswechsel der Eltern den weiteren Besuch des früheren Gymnasiums unmöglich gemacht haben. Kinder, die zu einer höheren Klasse sich vorbereitet haben, werden nur zum Examen für die niedrigste Klasse zugelassen, vorausgesetzt, daß sie nicht älter als 11 Jahre sind. Kinder unter 10 Jahren dürfen gar nicht angenommen werden. Die neue Schulorganisation hat bekanntlich hier ein evangelisches deutsches Gymnasium steht den zahlreichen Kindern der größtentheils in den entlegensten Vorstädten Warschaus zerstreut wohnenden Bevölkerung evangelischer Confession offen; alle übrigen Gymnasien hingegen sind für diese Kinder verschlossen. Sonach bleibt der größte Theil dieser allerdings intelligenten und arbeitsamen Bevölkerung ohne allen Gymnasial=Unterricht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß alle diese Beschränkungen darauf hinauslaufen, den Besuch der Schulen überhaupt zu erschweren und sonach die Verbreitung von Bildung in Polen zu hindern. Es ist schon wiederholt auf das Streben der jetzigen Machthaber aufmerksam gemacht worden, den Culturstand Polens auf das Niveau herabzudrücken, auf dem der des Kaiserreichs steht.

Provinzielles.

Marienburg. (N. E. A.) Wie wir erfahren, ist ein katholischer Geistlicher aus unserer nächsten Umgegend des Hochverraths angeklagt. Derselbe soll eingezogenen Wehrmännern gesagt haben, sie möchten, wenn sie mit den Oesterreichern zusammenkommen, die Gewehre wegwerfen und zu den Oesterreichern übergehen. Ein Audienz-Termin soll bereits anberaumt sein.

Danzig. Das Danziger Landraths=Amt macht bekannt: „Höherer Anordnung zufolge bringe ich hiermit zur Kenntniß der Kreiseingesessenen, daß die in Danzig befindlichen Kriegsgefangenen gegen einen Minimal=Lohnsatz von 4 Sgr. täglich zu Arbeitsleistungen herangezogen werden dürfen. Desfallsige Gesuche um Gestellung von Kriegsgefangenen zu dem gedachten Zwecke sind bei mir rechtzeitig zu formiren."

Mewe, 18. August. Aus der Niederung und von der Leibenauer Höhe laufen viele Klagen über allgemeinen Auswuchs des Getreides und Fäule der Kartoffeln ein.

Königsberg, den 18. August. (K. H. Z.) Ein Schüler einer hiesigen höheren Schule, ein 12jähriger Knabe, erhielt beim Eintritt der Ferien ein schlechtes Quartalszeugniß. Derselbe ging, anstatt nach Hause, ins Wasser und ertränkte sich.

— Das Prov.=Schulcollegium hat die vom Magistrate beantragte weitere Verlängerung der Sommerferien bis zum 29. August in sämmtlichen Schulen verfügt; dagegen sollen die Michaelferien gänzlich in Wegfall kommen.

Memel, den 20. August. (P. L. Z.) Die von den Hrn. Becker und Stantica im kurischen Haffe betriebene Bernsteinfischerei beschäftigt, wie man erfährt, täglich 400 Personen. Der tägliche Verdienst eines Arbeiters beträgt gegen 1 Thlr. An Bernstein soll durchschnittlich 80 bis 100 Pfund gewonnen werden. Das Pfund wird nach der Qualität mit 6 bis 30 Thlrn. im Handel verwerthet. Die Pachtzahlung an den Fiskus beträgt pro 24 Stunden Arbeitszeit 25 Thlr.

Bromberg, den 18. August. (Brb. Ztg.) Wie wir hören, haben sich die am verflossenen Mittwoch aus dem Lazareth entwichenen beiden Oesterreicher am Donnerstag früh 2 Uhr im Lazareth wieder eingefunden und die ihnen unter Zuziehung des Arztes dictirte dreitägige Arreststrafe bei Wasser und Brod sofort angetreten.

Lokales

— **Personalia.** Der Herr Justizminister hat, einem allgemeinen on-dit zufolge, zur Vertretung des zum Abgeordnetenhausmitgliede gewählten Kreisrichter Herrn Lesse einen Gerichts-Assessor aus Berlin an das Kgl. Kreisgericht abgeordnet. Die Reisekosten und Diäten hat der Vertretene zu tragen. Die Vertretung beginnt schon während der Gerichts-Ferien.

— **Zur Eisenbahn Thorn-Bartenstein,** resp. **Königsberg.** Die Zeitverhältnisse in diesem Jahre waren bisher den Bestrebungen des Komités für das besagte Eisenbahn-Projekt ebenso ungünstig wie überhaupt für alle Zweige der Industrie und des Handels. Nicht blos die Musen schweigen, wenn die Kanonen singen, sondern in solcher Zeit legt sich auch der produktive Unternehmungsgeist auf's Ohr und schläft. Aber wenn die Sonne des Friedens sich blicken läßt, reckt er die Glieder, reibt sich die Augen und schafft munter, unterstützt von wiederhergestelltem Vertrauen, auf allen Verkehrsgebieten. Für das vorgedachte Unternehmen scheint jetzt auch eine günstige Zeit anzubrechen. Die Verhältnisse des Geldmarktes, namentlich des Berliner, haben sich sehr gebessert. Durch die politische straffe Einigung Deutschlands und die territoriale Vergrößerung unserer Monarchie, welche Thatsachen ohne Rückwirkung auf das politische Verhältniß der Provinzen Preußen und Posen zu Deutschland nicht bleiben können und werden, wird die Bedeutung und Wichtigkeit einer Schienenstraße von Königsberg über Thorn nach Posen nicht blos in kommerzieller Beziehung gesteigert. Ihre politisch-strategische Bedeutung darf wohl nicht erst speziell dargelegt werden, da sich dieselbe durch einen Blick auf die Karte von Deutschland sich am handgreiflichsten herausstellt. Die Aspecten für die besagte Schienenstraße haben sich, wie gesagt, wieder günstig gestaltet und glauben wir annehmen zu dürfen, daß, wie auch verlautet, die beiden Komités für die Schienenstraße Königsberg-Thorn und Thorn-Posen ihre Arbeiten, welche während der kriegerischen Zeit ruhen mußten, wieder aufnehmen und energisch weiter verfolgen werden; — wir können im Kultur-Interesse unserer Gegend nur wünschen, daß die Bemühungen der Komités ein günstiger Erfolg recht bald kröne.

— **Eisenbahnverkehr.** Gegenwärtig ist der Güterverkehr wieder frei: 1) auf der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn und über Cöthen hinaus, 2) via Halle nach Frankfurt a. M. und darüber hinaus, einschließlich der Neckar-Bahn, jedoch mit Ausnahme auf der Frankfurt-Hanauer, der Taunus-Bahn und der Strecke Frankfurt a. M. bis Mainz; 3) via Halle auf der Werra-Bahn bis Lichtenfels und Sonneberg, sowie auf den bayerischen Bahnen ab Lichtenfels bis Forchheim und Würzburg; 4) via Leipzig auf der Königl. Sächs. Westlichen Staatsbahn bis nach Hof und Chemnitz, Gera und Schwarzenber; 5) via Röderau und Riesa bis Ostrau und via Dresden bis Bodenbach; 6) auf der Kaiser-Ferdinand-Nordbahn direct von Oderberg bis Wien.

— **Das pyrotechnische Schauspiel,** welches, wie wir in Nr. 122 u. Bl. bereits Notiz nahmen, von dem hiesigen K. Feuerwerkspersonal zum Besten der Hinterbliebenen der gefallenen Krieger seit acht Wochen vorbereitet worden ist, wird bei günstiger Witterung am Sontag, den 26. d. im Ziegelei-Garten statthaben. Wenn wir hier die stark abgenutzte Redewendung „ein hierorts noch nie dagewesenes Schauspiel" von dem bevorstehenden gebrauchen, so machen wir uns thatsächlich keiner Uebertreibung schuldig, da wir die große Anzahl der angefertigten Feuerwerkskörper, die das Schönste der heutigen Kunstfeuerwerkerei bieten werden, zu sehen Gelegenheit hatten. Das verwendete Feuerwerksmaterial kostet allein ein Paar Hundert Thaler; die Arbeit ist dabei gar nicht eingerechnet. Trotz der Kosten ist das Eintrittsgeld sehr niedrig gestellt. Es sind drei Reihen von Plätzen eingerichtet: die numerirten Sitze kosten, ohne der Wohlthätigkeit Schranken zu ziehen, 7½ und 5 Sgr., die Stehplätze 2½ Sgr. pro Person. Ist die Witterung nur halbwegs günstig, so wird das Schauspiel, dafür giebt der bekannte Wohlthätigkeitssinn der hiesigen Bevölkerung volle Bürgschaft, eine großartige Theilnahme finden.

Polizeibericht. Vom 1. bis 19 d. M. sind 1 Straßenraub und 9 Diebstähle zur Feststellung gekommen und 4 sind unermittelt geblieben.

2 Personen wegen Straßenskandal, 2 wegen Verletzung der Schamhaftigkeit, 1 wegen Arbeitseinstellung, 17 Bettler, 12 Trunkene, 4 Obdachlose, 22 Dirnen und 2 Legitimationslose sind zur Haft gebracht.

Als gefunden ist abgegeben: 1 grauer Sommerrock, 1 Portemonaie mit Geld, 1 Taschentuch, 2 Theelöffel und 1 Cigarren-Abschneider.

398 Fremde sind angemeldet.

— **Handwerkerverein.** Am Dienstag fand im Vereins-Lokale das vom Vorstande arrangirte Konzert des Herrn und der Frau Müller statt, deren Leistungen Seitens der Zuhörer die ehrenvollste Anerkennung fanden. Das Künstlerpaar beabsichtigt, wie wir vernehmen, noch ein öffentliches Konzert zu geben, dessen Besuch wir dem musikalischen Thorn auf das Angelegentlichste zu empfehlen uns erlauben.

— **Empfangsfeierlichkeit.** Während in anderen Städten Privat-Komités zur Begrüßung und zur festlichen Aufnahme der siegreichen heimkehrenden Krieger zusammengetreten sind, haben hierorts diese Angelegenheit die städtischen Behörden in die Hand genommen und ist bereits eine Vorlage dieserhalb vom Magistrat an die Stadtverordneten gelangt, welche in der heutigen Stadtverordneten-Sitzung zur Berathung kommt.

— **Vereinstag.** Am Sonnabend den 25. d. Nachmittags findet im Saale des Schützenhauses eine Versammlung des engeren Verbandes der Vorschußvereine in Westpreußen und Posen statt, deren Vorort Thorn ist.

— **Die Einverleibung** der Provinz Preußen und damit unserer Stadt in den neuen deutsch-preußischen Bundesstaat steht außer Frage. In der Sitzung der Commission des Abgeordnetenhauses für das Wahlgesetz für das Parlament des norddeutschen Bundes am 20. d. erwiderte auf die Frage des Abg. John, ob ganz Preußen, auch diejenigen Landestheile, die nicht zum ehemaligen deutschen Bunde gehörten, in dem neuen Reichstage vertreten sein sollen, der Regierungs-Comissarius Graf zu Eulenburg, daß § 1 der Vorlage (jeder Preuße ist Wähler und wählbar) diese Frage bejahe.

Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

— **Wollgeschäft.** Einen Maßstab für den tiefgreifenden Einfluß des Kriegszustandes auf den Verkehr giebt das Ergebniß der Frühjahrswollmärkte, das im „Handelsarchiv" mitgetheilt wird. Es wurden auf den preußischen Frühjahrs-Wollmärkten verkauft: 1863 264,567 Ctr., 1864 220,630 Ctr., 1865 240,708 Ctr., 1866 167,405 Ctr. Wolle. Nach den jedesmal geltenden Durchschnittspreisen der Wollen berechnet sich der Geldwerth der umgesetzen Wolle: 1863 auf 18,273,910 Thlr., 1864 auf 15,247,350 Thlr., 1865 auf 15,619,410 Thlr., 1866 auf 9,590,205 Thlr. Der Durchschnittspreis stellte sich per Ctr. 1863 und 1864 auf 69, 1865 auf 65, 1866 auf 57 Thlr.

Thorn, den 22. August. Es wurden nach Qualität und Gewicht bezahlt, für

Weizen: Wispel gesund 42—64 thlr.
Roggen: Wispel 34—39 thlr.
Erbsen: Wispel weiße 40—44 thlr.
Gerste: Wispel kleine 30—32 thlr.
Hafer: Wispel 23—24 thlr.
Rübsen: Wispel 72—78 thlr.
Kartoffeln: Scheffel 12—14 sgr.
Butter: Pfund 6—6½ sgr.
Eier: Mandel 4—4½ sgr.
Stroh: Schock 10—11 thlr.
Heu: Centner 25 sgr.—1 thlr.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch Papier 134 pCt. Russisch-Papier 134¼ pCt. Klein-Courant 40—44 pCt. Groß-Courant 11—12 pCt. Alte Silberrubel 10—13 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Alte Kopeken 13—15 pCt. Neue Kopeken 45 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 21. August. Temp. Wärme 9 Grad. Luftdruck 28 Zoll — Strich. Wasserstand 6 Fuß — Zoll.
Den 22. August. Temp. Wärme 11 Grad. Luftdruck 28 Zoll — Strich Wasserstand 5 Fuß — Zoll.

Inserate.

Bekanntmachung.

Im Hofe des Gymnasiums sollen am Sonnabend

den 25. August cr.
Nachmittags 4 Uhr

die Kacheln von 3 abgebrochenen Oefen im Wege der Auction an den Meistbietenden gegen Baarzahlung verkauft werden.

Thorn, den 18. August 1866.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Am 27. August d. J.
Vormittags 12 Uhr

sollen im Corridor des hiesigen Gerichtsgebäudes diverse Möbel, eine Fußdecke, eine Federmatratze, eine Kopirpresse, ein Stück Velour, zwei Stück Leinwand und zwei Stück Wachstuch öffentlich meistbietend verkauft werden.

Thorn, den 17. August 1866.

Königliches Kreis-Gericht.
1. Abtheilung

Feine Stickereien, leinene und Batist-Taschentücher, Netze, Hauben, Blousen, Fichus, Stulpengarnituren, Mull, Tüll, Batist und Spitzen jeder Art empfiehlt zu sehr billigen Preisen. **Moritz Kleemann** Culmer-Str.

Gänzlicher Ausverkauf wegen Aufgabe des Geschäfts. Um schnell zu räumen verkaufe ich meine sämmtlichen **Moden-, Leinen-, Seiden- und Confectionswaaren** unter dem Kostenpreise.

Simon Leiser.

Brust Husten, und Halsbeschwerden beseitigt in den meisten Fällen in kurzer Zeit der

G. A. W. Mayer'sche
weiße
Brust-Syrup

und ist dieses so wohlthätige Hausmittel in Thorn allein zu haben in der

Cigarren und Tabaks-Handlung
von **J. L. Dekkert,**
Breitestraße.



Am 26. v. Mts. verschied zu Tobitschau in Mähren mein Gatte, der Tischlermeister und Landwehr-Unteroffizier **Robert Witt** im 27. Lebensjahre. Um stilles Beileid ersucht

Anna Witt geb. **Marohn.**

Umzugshalber verkaufe ich meinen Vorrath, von Parfümerien, Haarölen, Seifen, Gummikämmen und andere verschiedene Gegenstände ganz billig.

Auch mein Repositorium mit Glasscheiben zum hin und herschieben bin ich willens billig zu verkaufen.

Julius Wolff.
Butterstraße 91.

Gutes **Weizenausharfsel** ist billig zu haben Brückenstraße 33.

Ziegelei-Garten.

Heute Mittwoch den 22. August.

Grosses
CONCERT

Entree 2½ Sgr. Kinder 1 Sgr.
Familien von 3 Personen 5 Sgr.
Kassenöffnung 4½ Uhr. Anfang 5 Uhr.

Vorschuß-Verein.

Sonnabend den 25. d. Mts. Nachmittags 4 Uhr **Sitzung des Unterverbandes für Westpreußen und Posen im Saale des hiesigen Schützenhauses.**

Vereinsmitgliedern steht der Zutritt frei.
Thorn, den 21. August 1866.

H. Schwartz,
Vorsitzender.



Per ⅟₁ Fl. 20 Sgr.
per ½ Fl. 10 Sgr.

Immer mehr Anerkennungen findet
unser

Eau de Cologne philocome (Kölnisches Haarwasser),
bekannt unter dem Namen Moras' haarstärkendes Mittel.

A. Moras & Comp.,
Köln am Rhein.

Attest.

Um mein Haar, das in letzter Zeit stark auszufallen begann, wieder zu kräftigen, wandte ich die verschiedensten Mittel an, welche aber ohne alle Wirkung blieben. Jedoch der Essenz Eau de Cologne philocome (**Kölnisches Haarwasser**) der Herren **A. Moras & Comp.**, zu der ich zuletzt meine Zuflucht nahm, brachte mir Hülfe und **bezeuge ich mit Vergnügen,** daß ich dieselbe mit dem **größten Erfolge** gebraucht habe und jedem Haarleidenden **unbedingt anempfehlen kann.**

Köln. **Otto Bauer.**

Echt zu haben: in Thorn bei **Ernst Lambeck**; in Bromberg bei **Hegewald** jun.; in Strasburg bei **C. A. Köhler**; in Graudenz bei **Julius Gäbel**; in Rogasen bei **Jonas Alexander.**

Bestellungen auf **Wäscherollen** werden von der Goldarbeiter Wittwe Frau **Kambli** in meinem Hause Brückenstraße Nr. 6 bis 10 Uhr Abends, am Tage unten im Geschäft, des Abends 2 Treppen hoch entgegengenommen.

G. Willimtzig.

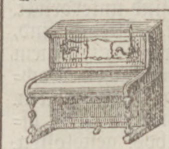
Die Buchhandlung von **Ernst Lambeck** in Thorn empfiehlt und hält stets vorräthig:

Praktisches Thorner Kochbuch
für bürgerliche Haushaltungen.

Zuverlässige Anweisung zur billigen und schmackhaften Zubereitung aller in jeder Hauswirthschaft vorkommenden Speisen, als: Suppen, Gemüse, Braten, Getränke, einzumachende Früchte, Bäckereien 2c.

von
Caroline Schmidt,
praktische Köchin.
Preis geb. 10 Sgr.

Allen Hausfrauen, Wirthschafterinnen, Köchinnen 2c. wird hier ein praktisches Kochbuch geboten, welches gewiß überall die größte Anerkennung finden, und sich gar bald in allen Familien einbürgern wird.



Berliner Pianinos
von schönem Ton und sauberer Spielart empfiehlt die Instrumenten-Handlung von

C. Lessmann
Kl. Gerberstraße 81.

Ausverkauf

Im **Herrmann Lilienthal'schen Lokale** am Markte, werde Tuche, Stoffe, fertige Herrenanzüge, Schnittwaaren, so wie eine Parthie Reste, zu herabgesetzten Preisen verkauft.

Eduard Grabe,
Einstweiliger Verwalter der Herrmann Lilienthal'schen Concurs-Masse.

Gute Mauersteine
offerirt
das Dominium Przysiek bei Thorn.

Ein 120 Fuß breiter und 300 Fuß tiefer an der Bromberger Chaussee belegener Platz, der sich zu jedem Zwecke eignet, ist sofort zu vermiethen. Näheres zu erfragen bei

Louis Angermann.

Guten Johannis-Roggen zur Saat verkauft
das Dominium Przysiek bei Thorn.

3 fette **Schweine** verkauft **Sztuczko.**

Briefbogen mit der Ansicht von Thorn in Quart und Oktav sind vorräthig bei **Ernst Lambeck.**

1 Laden zu vermiethen bei
C. Petersilge.

Eine möblirte Stube mit Beköstigung ist zu vermiethen Gerstenstr. 96.

Eine Wohnung von 3 auch 5 Zimmern nebst Zubehör ist auf der Mocker vom 1. Oktober cr. zu vermiethen.

v. Klepacki.

Eine kleine Familienwohnung, ebenso ein Pferdestall nebst Wagen-Remise sind sofort zu vermiethen.

Simon Leiser.
Breite-Str. 446.

Große und kleine Familien-Wohnungen sind am Botanischen Garten bei Wittwe **E. Majewski** zu vermiethen.

Meublirte Zimmer sind zu vermiethen. Neustadt 66.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck** (in Vertretung **Carl Marquart.**) — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von **Ernst Lambeck.**